

Redefreiheit und Familie sind heilig

Umfrage

Redefreiheit und Familie sind heilig

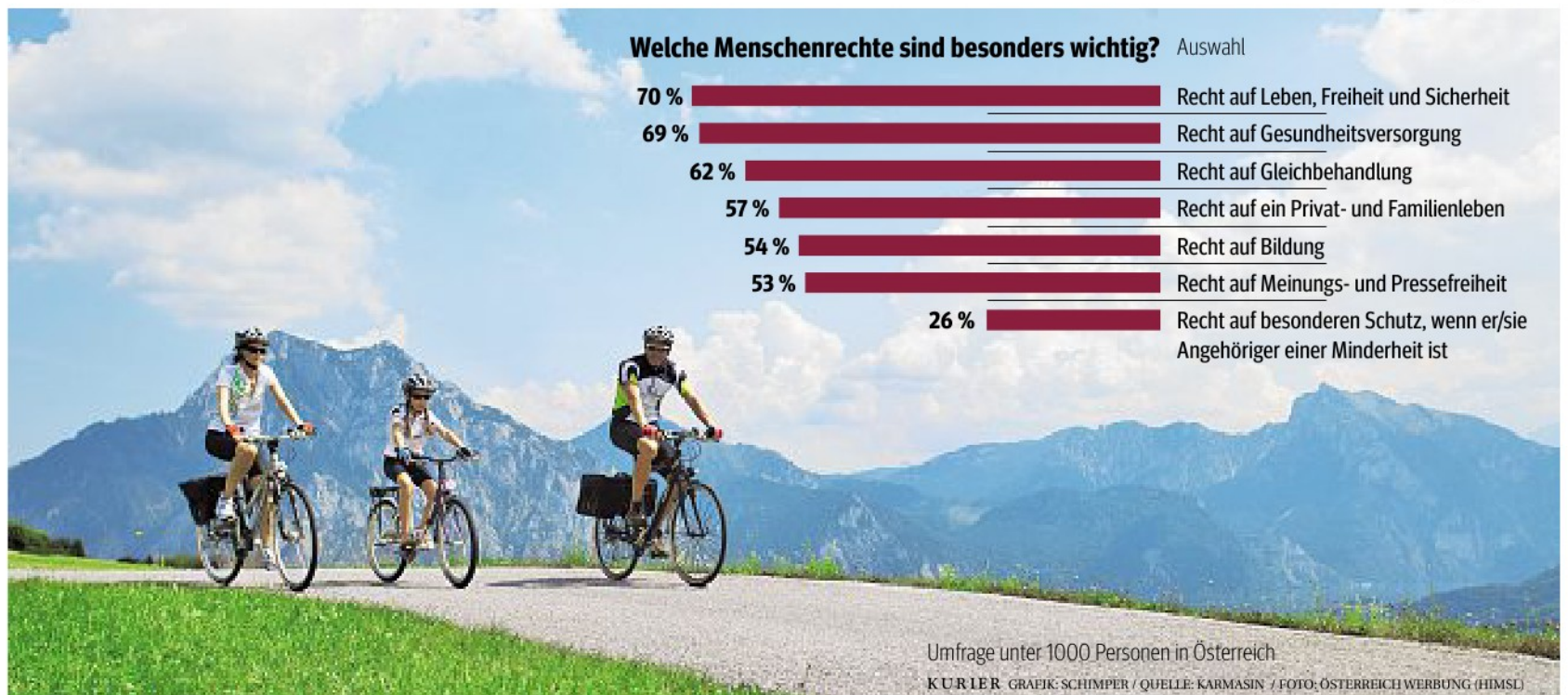
Den Österreichern sind die Menschenrechte wichtig. Dass sie auch für Fremde gelten, ist wenigen ein Begriff.

VON RICARDO PEYERL

Wer Menschenrechte sagt, meint (in erster Linie) die Meinungs- und Pressefreiheit. Dann kommen noch Gleichheit, Sicherheit und das Recht auf ein Familienleben. Dass Migranten unter besonderem Schutz stehen müssten, ist wenigen geläufig. Wussten Sie, dass es ein Menschenrecht auf Asyl gibt (32 Prozent wissen es), und auch eines auf Kultur (28 Prozent)?

Und was davon ist uns wichtig? Gesundheit, Bildung, Arbeit für alle. Der besondere Schutz von Kindern, Kranken, Alten. Die Rechte von Minderheiten und Asylwerbern haben der allgemeinen Auffassung nach hingegen kaum Bedeutung.

Die Initiative *menschenrechte.jetzt* (in der über 270 NGOs vereint sind) präsentierte am Mittwoch eine von



Das Recht auf ein Privat- und Familienleben ist den Österreichern ungemein wichtig, ein Leben in Freiheit und Sicherheit würden viele persönlich verteidigen

der Karmasin Motivforschung erstellte aktuelle Studie über den Stellenwert der Menschenrechte in Österreich. Die Plattform wurde anlässlich der Universellen Menschenrechtsprüfung der Vereinten Nationen (UPR-Verfahren) gegründet, die Anfang 2011 erstmals Österreich betrifft (siehe Zusatzinfo).

Die Österreicher kennen



Die Initiative: Barbara Helige, Marianne Schulze, Martin Schenk und Barbara Liegl (v. li. n. re.)

überraschend viele Menschenrechte (nur die unter 30-Jährigen schneiden bei diesem Test schlechter ab). Sie sprechen sich überwiegend (73 Prozent der Befragten) dafür aus, die Menschenrechte hierzulande mehr zu achten, wobei das den Wienern (mit 65 Prozent) am wenigsten wichtig ist. 59 Prozent sind der Ansicht, „der Staat“ sollte mehr tun, aber jeder Zweite fühlt sich für die Einhaltung der Menschenrechte selbst zuständig.

„Ein schönes Ergebnis, wenn die Hälfte der Österreicher offenbar bereit ist, Verantwortung zu übernehmen“, sagt Marianne Schulze von *menschenrechte.jetzt*.

So nicht! Barbara Helige, Richterin und Präsidentin der Liga für Menschenrechte, fordert die Umsetzung dieses Bekenntnisses im Alltag: „Dass man sich zu Wort meldet und sagt: ‚So nicht!‘, wenn eine Frau oder ein ausländisch aussehender Mensch in der Straßenbahn

respektlos behandelt wird.“ Gleiches Recht für alle, über dieses Schlagwort ist man sich schnell einig.

Aber bei nicht mehrheitsfähiger religiöser oder ethnischer Zugehörigkeit, gar erst bei anderer sexueller Ausrichtung, ist das rasch vergessen.

„Welche Personengruppen sollten besonders geschützt werden?“, lautete eine Frage: 83 Prozent nannten Kinder, 48 Prozent Frauen, 13 Prozent religiöse Minderheiten und gerade noch

acht Prozent halten Homosexuelle für schützenswert.

Die geringe Wertschätzung für den Flüchtlings- und Minderheitenschutz ist für Barbara Liegl von ZARA (Zivilcourage&Anti-Rassismusbearbeitung) hausgemacht: „Asylwerber werden stets nur mit negativen Dingen in Verbindung gebracht: Kriminalität, Ausnützen von Sozialleistungen.“ Kaum jemand stelle etwas entgegen und propagiere, dass Flüchtlinge das Recht auf Bildung, Gesundheit und Arbeit haben wie alle anderen auch.

Martin Schenk von der Armutskonferenz warnte vor der weit verbreiteten Neigung, Randgruppen Deals abzuverlangen: Du bekommst Essen, dafür hältst du den Mund. „Das Recht auf Nahrung und auf Redefreiheit ist nicht abtauschbar.“

Menschenrechtstest: Ab 26. Jänner

Befund Alle vier Jahre wird die Menschenrechtssituation in den UN-Mitgliedsstaaten einer eingehenden Prüfung unterzogen. Der UN-Menschenrechtsrat in Genf nimmt das Ergebnis in den Menschenrechtsbefund auf und gibt an den jeweils geprüften Staat Empfehlungen ab. Maßstab ist unter anderem die Charta der Vereinten Nationen.

Anhörung Die Prüfung basiert auf Berichten, die der Hochkommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie der zu prüfende Staat abgibt. Dazu kommen noch sonstige „glaubwürdige und verlässliche Informationen“ von nichtstaatlichen Organisationen. Für Österreich gibt es die Anhörung am 26. Jänner in Genf.